

Gemeinsame Pressemitteilung von Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA), Immobilienverband Deutschland (IVD) und Verband der Immobilienverwalter Deutschland (VDIV)

**SPERRFRIST: 23.05.2022, 10.30 Uhr**

## **Wohnungsbau-Barometer zeigt: Das Ziel „400.000 neue Wohnungen pro Jahr“ erfordert jetzt doppelten Kraftakt**

*Berlin, 23. Mai 2022*

Die heute veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, was für viele Menschen im Alltag mit Händen zu greifen ist: Deutschland kommt nicht schnell genug nach beim Wohnungsbau. Für das Jahr 2021 waren 350.000 neue Wohnungen geplant. Tatsächlich gebaut wurden 293.393. Die „Ampel“-Regierung hat ein höheres Tempo beim Wohnungsbau als Schlüsselanliegen benannt: 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte, lautet das ambitionierte Ziel dieser Koalition. Mit der Ankunft hunderttausender flüchtender Menschen aus der Ukraine hat sich der Bedarf noch einmal deutlich erhöht.

In einer gemeinsamen Aktion präsentierten Spitzenvertreter des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA), des Immobilienverbands Deutschland (IVD) sowie des Verbandes der Immobilienverwalter Deutschland (VDIV) das Wohnungsbau-Barometer. Dieser Abgleich von Ziel und tatsächlich eingelöstem Wohnungsbau zeigt, dass die Kluft schon bei einem niedrigeren Anspruch und in einer deutlich entspannteren internationalen Lage beachtlich war.

ZIA-Hauptgeschäftsführer Oliver Wittke, IVD-Bundesgeschäftsführerin Carolin Hegenbarth und VDIV-Geschäftsführer Martin Kaßler hoben vor Journalistinnen und Journalisten hervor, dass die Immobilienverbände bereitstehen, die Bundesregierung bei diesem doppelten Kraftakt entschieden zu unterstützen. Sie sagten auch, welche Hebel genutzt werden sollten, damit Deutschland beim Wohnungsbau trotz angespannter internationaler Lage vorankommen kann. Dazu präsentierten sie das gemeinsame Papier „Zehn Schritte für 400.000“ – eine Liste von Maßnahmen, die den Schub beim Wohnungsbau antreiben sollen (*siehe Anlage*).

### **Oliver Wittke, Hauptgeschäftsführer des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA):**

„Die Bundesregierung erhält die volle Unterstützung bei ihrem Ziel, in dieser Legislaturperiode jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen zu schaffen. Weil sich die Rahmenbedingungen noch einmal kräftig verschlechtert haben durch massive Preiserhöhungen, Zinsanstieg, Zusammenbrüche von Lieferketten, den Wegfall der Förderkulisse und andere

Veränderungen, ist es jetzt notwendig, neue Impulse zu geben. Wir setzen insbesondere auf Beschleunigung und Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren. Wir wollen eine noch engere Zusammenarbeit von Politik und denjenigen, die Wohnungen bauen. Und wir wollen nicht zuletzt eine neue Förderpolitik, die Wohnungsbau stimuliert.“

**Carolin Hegenbarth, Bundesgeschäftsführerin des Immobilienverbands Deutschland IVD/Die Immobilienunternehmer:**

„Für den IVD ist der Weg zum Ziel entscheidend. Und dieser Weg ist die Angebotsausweitung. Wir haben in den Städten ein großes Potenzial, um Lücken zu schließen, zu verdichten, Gebäude aufzustocken und umzunutzen. Das sind Stellschrauben, an denen die Politik drehen könnte, um schnell und effizient neuen Wohnraum zu schaffen. Das geht aber nur, wenn wir unseren Fokus stärker auf den Bestand richten und den Anteil von Bauanträgen für Bestandsmaßnahmen deutlich erhöhen. Hierfür braucht es Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und wirksame investive Impulse für alle Akteure der Wohnungswirtschaft. Und dazu gehören auch die privaten Bauherren und Erwerber, auf die jedes Jahr fast 40 Prozent der Bauanträge zurückgehen.“

**Martin Kaßler, Geschäftsführer VDIV Deutschland:**

„Die konkreten Rahmenbedingungen für das ab 2023 laufende Programm ‚Klimafreundliches Bauen‘ müssen möglichst früh definiert werden. Bauherren und Unternehmen brauchen wieder verlässliche Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit, die durch ausreichend Prüfkapazitäten sicherzustellen sind.“

„Die zu erwartenden Förderprogramme sollten frühzeitig kommuniziert werden, um Planungssicherheit bei den Bauherren sicherzustellen. Beachtet sollte dabei werden, dass mit einer höheren CO<sub>2</sub>-Einsparung, auch der Förderungsanteil zunimmt.“

**Wohnungsbau-Barometer in Zahlen:**

**Wohnungsbau 2021**

Für das Jahr 2021 waren von der vorangegangenen Bundesregierung 350.000 neue Wohnungen geplant. Tatsächlich gebaut wurden 293.393. Das sind vier Prozent weniger als im Vorjahr 2020 und 56.607 weniger als angestrebt. Der Wohnungsbau bewegte sich damit wieder auf dem Niveau des Jahres 2019. Die neue Bundesregierung hat das Ziel von 400.000 neu gebauten Wohnungen pro Jahr ausgegeben.

**März 2022**

Die Zahl genehmigter Wohnungen lag im März 2022 (aktuellste Zahl) bei 34.794. Das waren zwar beachtliche 24 Prozent mehr als im Februar 2022, jedoch fast neun Prozent weniger als im März 2021. Im Vorjahr waren um diese Zeit sowohl das Plus im Vergleich zum Vormonat als auch das Plus gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorherigen Jahres größer (+27% und +33%). Dies spiegelt sich auch in der Zahl der Baugenehmigungen wider, die insgesamt seit dem Jahresbeginn registriert wurden: Mit 92.507 Wohnungen liegt das Gesamtaufkommen aller Genehmigungen vier Prozent unter dem Vorjahr. Diese Trends können leichte Besorgnis auslösen: Das Wohnungsbau-Barometer zeigt auf den gelben Bereich mit leicht negativer Tendenz.



**Kontakt:**

ZIA-Pressestelle

Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: +4930202158523

E-Mail: [presse@zia-deutschland.de](mailto:presse@zia-deutschland.de)

Internet: [www.zia-deutschland.de](http://www.zia-deutschland.de)